

Standortentscheid der Nagra

«Es braucht eine unabhängige Untersuchung»

Experten-Kritik Die Nagra will den Atommüll in Nördlich Lägern entsorgen. Der Geologe Marcos Buser kritisiert den Prozess, der zum Entscheid führte, und äussert Zweifel an der Eignung des Standortes.

Catherine Boss

Herr Buser, Sie haben die Standortsuche der Nagra für ein Tiefenlager als unabhängiger Experte jahrelang kritisch begleitet. Was sagen Sie zum nun getroffenen Entscheid für Nördlich Lägern?

Ich habe grosse Fragezeichen. Es ist aus Sicht eines Wissenschaftlers etwas seltsam, dass sich die Nagra jahrzehntlang kaum um Nördlich Lägern geschert hat – und nun steht es an erster Stelle. Es braucht eine unabhängige Untersuchung, wie es dazu kam. Dafür müsste die Nagra nun ihre Forschungsergebnisse im Detail publik machen.

Unterstellen Sie der Nagra, sie habe nicht gründlich untersucht? Das kann man nicht sagen, wenn man die Daten nicht kennt. Jedenfalls wird sie gut erklären müssen, warum man in Nördlich Lägern mit einem Lager bis auf 900 Meter tief gehen kann, wenn es zuvor hiess, mehr als 600 Meter Tiefe seien nicht möglich.

Warum ist das wichtig?

Weil sich die Verhältnisse so tief unten stark ändern. Der Druck etwa nimmt exponentiell zu. Ich bin auch nicht überzeugt, dass die Platzverhältnisse im Untergrund wirklich so gut sind. Und ich kann mir vorstellen, dass sich Störungszonen zeigen werden, wenn man das Gebiet genauer untersucht. Bisher gab es ja nur wenige Bohrungen. Zudem werden in der Gegend Gasvorkommen unterhalb des Lagerstandorts vermutet. Ich möchte die wissenschaftlichen Daten sehen, die zeigen, dass das alles kein Problem ist.

Gibt es in der Schweiz auf dem Gebiet überhaupt genug unabhängige Forschende? Da es keine neuen AKW mehr gibt, ist das Studium der Kernphysik nicht sehr attraktiv.

Unabhängigkeit hängt direkt von strukturellen Rahmenbedingungen ab. Wenn kein Geld in die



Marcos Buser, Geologe und lange Zeit Experte in der Kommission für die nukleare Sicherheit: «Ich möchte die wissenschaftlichen Daten sehen.» Foto: Urs Jaudas

Hand genommen wird, um Leute auszubilden, und dann nur diejenigen gefördert werden, die in ein bestimmtes Denksystem passen, hat es eine unabhängige Wissenschaft schwierig.

Noch gibt es auf der Welt kein funktionierendes Tiefenlager für den strahlenden Abfall. Die Schweiz will das nun bewerkstelligen. Sie haben immer wieder harte Kritik geäussert. Was stört Sie?

Das Verfahren ist aus meiner Sicht falsch aufgegleist. Es fehlt vieles, was für eine gute Wissenschaft nötig ist – eine gute strategische Planung, eine gut etablierte Fehlerkultur, eine Auseinandersetzung mit kritischen Haltungen. Solange hier nicht grundlegend korrigiert wird, ist mit weiteren Rückschlägen zu rechnen.

Sie haben einmal davon gesprochen, dass es zwischen der Nagra und den Behörden einen Filz gebe.

Sagen wir es mit anderen Worten: Das Bundesamt für Energie sowie das Eidgenössische Nuklearinspektorat, welche die Nagra beaufsichtigen sollten, haben es mit ihr auf eine Zusammenarbeit angelegt – und nicht auf einen Prozess mit einer unabhängigen Begleitung. Das ist gefährlich. Und kontraproduktiv.

Warum?

Die letzten Jahrzehnte haben es immer wieder gezeigt. Projekte stürzen ab. Nehmen wir den Wellenberg: Unabhängige Experten haben früh gesagt, er sei nicht geeignet. Trotzdem hielt die Nagra daran fest. Dann das Weinland: Auch da haben wir vor Erosionsproblemen gewarnt – die Nagra blieb lange unbelehrbar. Das zeigt: Sie setzt sich mit kritischen Einwänden einfach nicht auseinander. Und muss hinterher einsehen, dass sie falsch lag. Sie hat Fehler leider nie zugegeben.

Die «SonntagsZeitung» hat 2012 ein Geheimpapier

der Nagra veröffentlicht – mit einem Plan für künftige Lagerorte, bevor überhaupt überall gebohrt wurde.

Was hat diese Affäre bewirkt? Bis dahin haben die Behörden beim Bund, aber auch in den Kantonen die Nagra einfach machen lassen. Erst als sie 2015 genau das vorschlug, was in dem Geheimpapier bereits 2011 stand, wurden die Behörden aktiv. Vor allem im Kanton Zürich. Sie verlangten nun, dass neben dem Weinland auch Nördlich Lägern weiter untersucht wird. Das Geheimpapier hat viele verstört, unabhängige Wissenschaftler, aber auch Leute bei der Nagra. Darum wurde es auch publik. Und trotzdem haben die Behörden diese Affäre nie genau untersucht. Das ist für die Glaubwürdigkeit des Prozesses schlecht.

Warum hat sich die Nagra schon früh auf das Weinland eingeschossen?

Ich weiss es nicht. Vielleicht wollte man Geld sparen und das Problem der Entsorgung möglichst rasch lösen. Die Nagra ist von den AKW-Betreibern bezahlt und flankiert von Behörden, die sich nicht als kritische Begleiter verstehen. Deshalb weiss die Öffentlichkeit nicht, welche Vorgaben die Nagra hat.

Wie geht es jetzt weiter?

Seit ein paar Jahren ist bei der Nagra eine neue Crew am Werk, seit kurzem ein neuer Chef. Man spürt bereits, es hat ein Kulturwandel stattgefunden, hin zu mehr Offenheit auch gegenüber kritischen Fragen. Es sind so weit gute Leute. Sie müssen jetzt aber die Fehler der Vergangenheit ausbaden. Ob das gelingt, wird man sehen. Allerdings werden die Daten der Nagra zum jetzigen Entscheid erst irgendwann in der Zukunft im Detail publiziert. Unabhängige Forscher können somit heute nicht damit arbeiten. In der Wissenschaft herrscht aber das Prinzip der Transparenz, der offenen Quellen. Nur das schafft Vertrauen.

Soll dem vorgesehenen Standortgebiet ein Vetorecht zugestanden werden?

Demokratie-Dilemma Das letzte Wort zu einem Tiefenlager dürfte das Schweizer Stimmvolk haben – nicht die betroffene Region.

Er hat seine Meinung nicht geändert. «Man darf einer Region ein Atommüll-Endlager nicht aufzwingen», sagt Hans-Jürg Fehr. Der heute 74-Jährige politisierte zwischen 1999 und 2013 für die SP im Nationalrat, von 2004 bis 2008 war er Präsident der SP Schweiz. 2010 verlangte Fehr in einem Vorstoss «besondere Mitentscheidungsrechte» für die Standortkantone und jene Kantone, die an das geplante Tiefenlager grenzen.

Das ist ziemlich lange her. Nun aber wird die Frage wieder aktuell. Die Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle (Nagra) hat bekannt gegeben, wo der Atommüll über eine Million Jahre sicher eingeschlossen werden soll: in Nördlich Lägern, einer Region in den Kantonen Zürich und Aargau.

Der Entscheid markiert einen Meilenstein im Jahrhundertprojekt. Als Nächstes wird der Bun-

desrat über den Standort befinden, dann das Parlament. Dessen Beschluss wird einem fakultativen Referendum unterliegen. Kommt es zustande, gibt es eine eidgenössische Volksabstimmung. Das Volk soll sich – gemäss Fahrplan der Behörden – 2031 zum Tiefenlager äussern können. Soll bei einem solchen Urnengang jede Stimme dasselbe Gewicht haben? Oder soll die direkt betroffene Bevölkerung ein Vetorecht erhalten?

Ja, findet Hans-Jürg Fehr. Man müsse die Standortregion mit im Boot haben, denn die wolle überzeugende Antworten auf alle relevanten Fragen. Der Rest der Schweiz gehe damit zu nonchalant um. «Die Mehrheit ist nämlich froh, dass die Wahl nicht auf sie gefallen ist.»

Experten sprechen von einem Dilemma zwischen dem Demokratieprinzip, wonach jede Stimme gleich viel zählt, und dem

Schutz einer stark betroffenen Minderheit. «Theoretisch liesse sich durchaus argumentieren, dass eine stärkere Gewichtung der Stimmen aus besonders betroffenen Gebieten oder sogar ein Vetorecht gerecht wären», sagt Hans-Peter Schaub, Politologe bei Année Politique Suisse an der Universität Bern.

«Extrem schwierig»

Praktisch allerdings, so macht Schaub klar, wäre eine konsequente Ausgestaltung eines solchen Grundsatzes «extrem schwierig bis unmöglich». Denn: Käme er künftig für alle Politikbereiche zur Anwendung? Also zum Beispiel auch für die Stimmbevölkerung in Uri und im Tessin bei Abstimmungen, die den Gott hard betreffen? Oder etwa bei Urnengängen zum Frauenrentenalter, die ebenfalls eine bestimmte Bevölkerungsgruppe besonders stark betreffen?

Ein Novum wäre ein kantonales Vetorecht beim Atomendlager indes nicht. Vielmehr war es viele Jahre lang im Kernenergiegesetz verankert. 2003 jedoch entfernten es National- und Ständerat, nachdem die Nidwaldner Bevölkerung in Volksabstimmungen dreimal gegen den Standort Wellenberg gestimmt hatte.

Doch die Forderung ist seither immer wieder aufgetaucht, zuletzt 2015, als der Nationalrat über eine Standesinitiative des Kantons Schaffhausen befand – und sie mit 112 zu 78 Stimmen ablehnte. Diese Niederlage scheint die Befürworter des Vetorechts entmutigt zu haben. Der Zug sei abgefahren, sagt der Schaffhauser Ständerat Thomas Minder (parteilos). Parlamentarier aus SP und Grüner Partei äussern sich ähnlich. Alle betonen sie aber, noch immer für ein Vetorecht zu sein. Andere Töne kommen aus der GLP, die 2015

noch geschlossen für das Vetorecht votiert hat.

Know-how-Pool aufgebaut

Der Wellenberg habe gezeigt, dass das Vetorecht problematisch sei, sagt GLP-Nationalrätin Barbara Schaffner, die 2015 noch nicht im Nationalrat war. «Es nach einem so langen und breit abgestützten Prozess der Standortsuche wieder einzuführen, ist keine Lösung.» Trotzdem, so Schaffner, sollte die betroffene Region «bestmöglich informiert



Hans-Jürg Fehr: «Ein Endlager nicht aufzwingen.» Foto: Heinz Diener

sowie ihr Ausgleichsmaßnahmen angeboten werden.»

SP-Nationalrätin Martina Munz genügt das nicht: «Es ist wichtig, dass die betroffene Bevölkerung, analog zu einem Einwohnerrat, demokratisch legitimiert mitarbeiten kann.» Zusammen mit Gemeinden und Interessengruppen konnte sie bis jetzt in den sogenannten Regionalkonferenzen ihre Anliegen und Forderungen einbringen – zwar nur bedingt, wie Kritiker sagen, aber immerhin nicht folgenlos. «In der Region wurde ein Know-how-Pool aufgebaut, der es erlaubt, Vorschläge und Entscheide im Sachplan kritisch zu hinterfragen und fundiert zu prüfen», sagt Harald Jenny von der Regionalkonferenz Zürich Nordost. Inwieweit dieses Instrument weitergeführt wird, ist unklar.

Stefan Häne